

Terminkalender

Bundestagsberatungen

10. bis 22. Juni, 2. bis 6. Juli

Parteitage

15. und 16. Juni:
Konstituierung der neuen Partei DIE LINKE in Berlin
23. und 24. Juni: Konstituierung der Landespartei M-V in Rostock

Besucherguppen

18. bis 22. Juni, 2. bis 8. Juli:
Gäste aus dem Wahlkreis

Veranstaltungen

26. Juni, 19 Uhr: Linkspartei-Stammtisch in Ueckermünde
27. Juni, 17.30: Veranstaltung zur Gesundheitsreform in Güstrow

Klausuren

2. Juli:
Fraktionsvorstand in Berlin
24. bis 26. Juli:
Rentenüberleitung mit Experten von Verbänden

August

Urlaub in M-V

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030.22770067
Fax: 030.22776076
martina.bunge@bundestag.de

Wahlkreisbüros

in Wismar, Rostock, Parchim, Lütz, Grevesmühlen und Gadebusch

Kontakt über
Lübsche Straße 97
23966 Wismar
Telefon: 03841.3265993
Fax: 03841.3265994

Jörg Möller
Mobil: 0171.3604460
martina.bunge@wk.bundestag.de

Rainer Raeschke
Mobil: 0172.3201859
martina.bunge@wk2.bundestag.de

Antrag für Schülerbeförderung

Ticket (k)ein Luxusgut

Mit Bus oder Bahn zu fahren ist teuer. Für die Fahrt zum Gymnasium oder zur Berufsausbildung kann das schon mal 50 Euro im Monat machen. Die Finanzierung der Schülerbeförderung ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt, aber fast überall steht es nach der 10. Klasse schlecht um die Kostenerstattung. Die Linksfraktion sieht dadurch den gleichberechtigten Zugang zur Bildung gefährdet. Deshalb hat sie das Thema in einem Antrag aufgegriffen. Die Bundesregierung soll die Länder auf ihre Verantwortung für die Schülerbeförderung hinweisen und erwirken, dass diese perspektivisch die Kosten weitgehend übernehmen. Außerdem soll die Bundes-

regierung selbst in die Pflicht genommen werden. Erwartet werden zwei Änderungen des Sozialgesetzbuches II, in dem die Leistungen nach dem Hartz-IV-Gesetz geregelt sind. Zum Ersten: Fahrkosten zur Schule oder zur Ausbildungsstätte sind künftig bei der Berechnung des Einkommens zu berücksichtigen, genauso wie zum Beispiel Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung oder für die Altersvorsorge. Zum Zweiten sollen die Kosten für die Schülerbeförderung als Mehrbedarf anerkannt werden. Die Regelungen sollen auch für Kinder gelten, deren Eltern Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. (DS 16/4486)

Zwei Regierungsorte: teuer, klimaschädlich

Umzug Bonn – Berlin

Wo sitzt die Bundesregierung? Natürlich in Berlin. Das stimmt aber nur bedingt. 54 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesministerien arbeiten noch immer am einstigen Regierungssitz in Bonn. In absoluten Zahlen heißt das: 10.100 sind in Bonn tätig und nur 8.800 in Berlin. Das hat unter anderem zur Folge, dass an Arbeitstagen ständig 170 Beamte in der Luft sind, was im Jahr 2006 zu 66.000 Flügen führte. Die Fraktion DIE LINKE ist der Meinung, das ist teuer, schadet der Umwelt und erschwert das Regieren.

Deshalb hat sie einen Antrag zur „Beendigung des Bonn/Berlin-Gesetzes“ gestellt, in dem seit 1994 die Arbeitsteilung zwischen beiden Standorten geregelt worden ist. Der von der Linksfraktion geforderte Komplettumzug soll mit Augenmaß geschehen und schrittweise nach einem Stufenplan erfolgen. Trotzdem scheiterte der Antrag im Bundestag. Diese Ablehnung bedeutet unter anderem Ausgaben in Höhe von 120 Millionen Euro für Regierungsneubauten in Bonn.

(DS 16/3284)



Sommer 2007

Aufpassen bei Wahlтарifen ·
Problemfall Geschenk ·
Staat verzichtet auf
Milliarden · SPD blockiert
Mindestlohn · Ticket (k)ein
Luxusgut · Umzug ist
überfällig

klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

Auf ein Wort

Außer Spesen was gewesen?

Der G8-Gipfel ist Geschichte. Ich habe an verschiedenen Protesten teilgenommen und viele neue Erfahrungen gemacht.

Aber zur Sache: Die Bundesregierung rühmt sich der Ergebnisse, die – verschanzt hinter einem Zaun – erreicht wurden und verweist vor allem auf die Themen Klima und AIDS-Hilfe für Afrika. Was das Klima betrifft, so muss man nicht vom Fach sein, um festzustellen: „Die Halbierung der Treibhausgasemission bis 2050 in Betracht zu ziehen“, verpflichtet zu rein gar nichts. Zur AIDS-Hilfe kann ich als Gesundheitspolitikerin nur sagen: Hier handelt es sich im Prinzip lediglich um die Bekräftigung einer schon

früher gemachten Zusage. Allein während der wenigen Stunden des G8-Gipfels sind mehr als 24.000 Menschen an AIDS gestorben. Rund zwei Drittel aller HIV-Positiven, mehr als 25 Millionen Menschen, leben in den Ländern südlich der Sahara. Die Krankheit hemmt dort bereits die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. 60 Milliarden Dollar (gleich 44 Milliarden Euro) sollen „in den kommenden Jahren“ für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten eingesetzt werden. Dazu zählen neben AIDS unter anderem Malaria, Tuberkulose und Hepatitis. Viel Geld, aber zu wenig. Allein in den nächsten beiden Jahren sehen Hilfsorganisationen wie „World Vision“

einen Bedarf von 40 Milliarden Dollar. Gebrauchte werden diese Summen vor allem für die Prävention: Während ein AIDS-Kranker medizinische Hilfe erhält, werden sechs Personen neu infiziert. Mehr und mehr fallen Frauen und Kinder der Suche zum Opfer. Ein Impfstoff wäre ein Segen. Hoffnung bringt die Mikrobizid-Forschung, ein Gel, womit sich Frauen schützen können. Das Geld dafür muss einfach aufgebracht werden. Wir werden der Bundesregierung genau auf die Finger schauen und das Nötige einfordern.

Dr. Martina Bunge ist Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

Auf den Punkt

„Es mag Sie ja erschüttern, aber wir halten die Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht für humanitäre Hilfsmaßnahmen.“

Michael Leutert, Fraktion DIE LINKE.,
am 24. Mai im Bundestag

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Bei Wahlтарifen genau hinsehen

Oft kommt die Qual erst nach der Wahl. So könnte es denen gehen, die sich jetzt für einen der Wahlтарife ihrer Krankenversicherung entscheiden. Seit 1. April bieten die Gesetzlichen Krankenkassen in Folge der Gesundheitsreform verschiedene Varianten an. Zwei davon sollen hier kurz erläutert werden.

Selbstbehalt:

Wer bereit ist, einen Teil der möglichen Kosten selbst zu übernehmen, erhält eine Prämie. Das lohnt sich für Gesunde, die tatsächlich im Laufe des Jahres nur ge-

ringe Kosten verursachen. Menschen, die häufiger Medikamente benötigen, Behandlungen brauchen oder ins Krankenhaus müssen, hätten das Nachsehen.

Leistungsverzicht:

Wer ein Jahr lang keine Leistung in Anspruch nimmt – Ausnahme: Vorsorgeuntersuchungen – kann eine bestimmte Summe, zum Beispiel einen Monatsbeitrag, zurück erhalten. Familienversicherte, die über 18 Jahre alt sind, müssten bei einem Teil der Angebote ebenfalls gesund bleiben. Auch das ist

nichts für Ältere und Kranke. Beide Möglichkeiten könnten dazu führen, dass Menschen auf notwendige medizinische Leistungen verzichten. Beide Möglichkeiten hebeln das Solidarprinzip aus: Geld von jungen, gesunden und gut verdienenden Versicherten geht den Krankenkassen und damit älteren, kranken und einkommensschwachen Personen verloren. Im Übrigen ist die Entscheidung für einen Wahlтарif für drei Jahre zu treffen. In dieser Zeit ist kein Wechsel der Krankenkasse möglich.

Auskunft zu Hartz IV

Geschenke für die Kleinen

Geldgeschenke sind zur Jugendweihe, Konfirmation oder Kommunion sehr verbreitet und beliebt. Doch ausgerechnet Familien, die unter das Hartz-IV-Gesetz fallen und jeden Cent dreimal umdrehen müssen, können sich dieser Gaben nicht sicher sein. Werden ihnen deshalb die Leistungen gekürzt oder nicht? Um darüber Klarheit zu gewinnen, hat die Linksfraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. In der Antwort legt diese sich aber nicht fest und verweist auf den „zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ und auf den „jeweiligen Einzelfall“. So heißt es: „Bei Geschenken

anlässlich von Festen wie der Konfirmation, der Jugendweihe, der Kommunion, der Firmung oder den Beschneidungsfeiern für junge Muslime handelt es sich um einmalige Einnahmen.“ Diese seien laut Gesetz „auf einen angemessenen Zeitraum aufzuteilen und monatlich mit einem entsprechenden Teilbetrag zu berücksichtigen“. Über Ausnahmen müsse „im Einzelfall“ entschieden werden. Gleichzeitig gehe die Bundesregierung aber davon aus, dass „in aller Regel“ keine Berücksichtigung der Geldgeschenke als Einkommen erfolgt. Allerdings: „Geldgeschenke sind den zuständigen Trä-

gern stets anzuzeigen, damit geprüft werden kann, ob der Beschenkte weiterhin hilfebedürftig ist. Dies gilt nicht für Geldgeschenke, die die (...) Bagatellgrenze von 50 Euro im Jahr nicht überschreiten.“ Da Sachgeschenke nicht einer solchen strengen Beurteilung ausgesetzt sind, haben Fachleute über die Medien empfohlen, sich von den Schenkern schriftlich bestätigen zu lassen, wofür das Geld gedacht ist: zum Beispiel für ein Fahrrad, einen Computer oder zum Ansparen für die Fahrschule. Armes Deutschland, wo für Arme selbst Geschenke zum Problem werden.

(DS 16/5031)

Reform der Unternehmenssteuer

Geschenke für die Großen

Vielen großen Unternehmen geht es zurzeit gut. Einige, wie die Deutsche Bank, machen Rekordgewinne. Trotzdem haben Union und SPD mit ihrer Mehrheit im Bundestag jetzt üppige Steuergeschenke beschlossen, von denen besonders ertragsstarke Firmen profitieren. Die Unternehmenssteuerreform sieht eine Senkung des Steuersatzes von rund 39 Prozent auf 30 Prozent vor. Geschätzte 6,5 Milliarden Euro pro Jahr kostet dies ab 2008 die öffentlichen Kassen und die Steuerzahler. Auch Mecklenburg-Vorpommern wird davon betroffen sein; die zusätzlichen Steuereinnahmen des Landes infolge der guten Konjunktur werden mit

Sicherheit geschmälert. Bisher werden schon rund drei Viertel des Steueraufkommens durch die Lohnsteuer, Umsatz- und Verbrauchssteuern sowie die Mineralölsteuer aufgebracht. Das sind Steuern, die vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entrichten. DIE LINKE. hat im Bundestag gegen dieses Vorhaben gestimmt und einen eigenen Antrag eingebracht. Dieser sieht eine Besteuerung der Unternehmen entsprechend ihrer Leistungskraft vor und zielt auf eine Stärkung der Einnahmen für die öffentliche Hand. Das hieße mehr Geld für Kinder, für öffentliche Beschäftigung, Kultur und Sport. (DS 16/5249)

Anträge zum Mindestlohn

SPD blockiert erneut

Unter dem Titel „Deutschland braucht Mindestlöhne“ hat DIE LINKE. einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Damit griff sie eine Unterschriftenkampagne der SPD auf. Es ist dies bereits der vierte Antrag, in dem DIE LINKE. die Einführung eines gesetzlich garantierten Mindestlohns verlangt. Acht Euro pro Stunde – das ist seit dem Wahlkampf 2005 eine unserer zentralen Forderungen. Bisher verweigerte die SPD-Fraktion den Anträgen der Linkspartei die Zustimmung.

Auch mit der jüngsten Initiative, die Aussagen der SPD pur enthält, tut sie sich schwer. Eine sofortige Abstimmung im Plenum des Bundestages lehnte sie Ende April mit Hinweis auf weiteren Beratungsbedarf ab. Bei der Behandlung im Ausschuss für Arbeit und Soziales am 23. Mai votierten die SPD-Abgeordneten gegen den Antrag der Linken und so gegen Forderungen, die sie seit einiger Zeit selbst erheben.

(DS 16/4845)

Drucksache

Initiativen der Fraktion

Überwachung einstellen.

Mehr als zehn Angehörige der Linksfraktion werden vom Verfassungsschutz beobachtet. DIE LINKE. hat verlangt, die Ausforschung unverzüglich einzustellen.

Antrag, DS 16/5455

Anspruch auf Beratung.

Auch für Menschen mit geringem Einkommen soll eine sachkundige Überprüfung der Wohnkosten durch Übernahme der Beiträge im Mieterverein möglich sein.

Antrag, DS 16/5247

Ziele für Klimaschutz.

Die Bundesrepublik soll den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber 1990 radikal mindern: bis 2020 um 40 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2020 auf 25 Prozent steigen.

Antrag, DS 16/5129

Neuregelung bei GEZ.

Menschen mit niedrigem Einkommen sollen bei der GEZ entlastet werden. So soll die Gebührenbefreiung ab Tag der Antragstellung erfolgen.

Antrag, DS 16/5140

Nur gegen Bezahlung.

Einarbeitungs- und Probe-arbeitszeiten müssen als Arbeitsverhältnis gelten und tariflich oder ortsüblich entlohnt werden, mindestens aber mit 8 Euro pro Stunde.

Antrag, DS 16/4909